

BRIGITTE ZYPRIES  
BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ

18. Dez. 2007

MOHRENSTRASSE 37  
10117 BERLIN  
TELEFON 018 88-580-9000  
TELEFAX 018 88-580-9043  
E-MAIL: ministerin@bmj.bund.de

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Volker Beck  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

14. Dezember 2007

Vorab per Telefax: (0 30) 227 76 880

Sehr geehrter Herr Kollege, *Lieber Herr Beck,*

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. November 2007.

Ich freue mich, dass Sie unser Forschungsprojekt „Regenbogenfamilien“ positiv sehen. Dafür gibt es auch allen Grund, weil wir erstmalig für Deutschland wissenschaftlich belastbare Erkenntnisse über die Situation von Kindern in Lebenspartnerschaften von Menschen des gleichen Geschlechts vorlegen wollen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Ergebnisse dazu beitragen werden, Unkenntnis und Vorurteile gegenüber „Regenbogenfamilien“ abzubauen. Wir werden auch über eine tragfähige Tatsachengrundlage für die Zulassung der gemeinsamen Adoption durch Lebenspartner verfügen.

Für die Aussagekraft der Untersuchung ist es von herausragender Bedeutung, dass wir so viele Familien von Lebenspartnern mit Kindern erreichen wie nur irgend möglich. Zu diesem Zweck hat sich das von uns beauftragte Institut für Familienforschung der Universität Bamberg (ifb) zu einem umfassenden Adressgewinnungsverfahren entschlossen. Die Meldebehörden aus zehn Bundesländern haben hierfür dem ifb die Adressen eingetragener Lebenspartnerschaften übermittelt. Das Verfahren dient ausschließlich der Kontaktaufnahme mit den Betroffenen. Das ifb ermittelt auf diesem Weg die Gesprächspartner für die freiwilligen Interviews. Die Adressen werden nach Versand der Briefe, Telefonnummern nach Kontaktaufnahme gelöscht.

Hinsichtlich des Datenschutzes genießt das ifb als nachgeordnete Behörde des bayerischen Familienministeriums und als Forschungsinstitut, mit dem das Bundesministerium der Justiz lange Jahre zusammenarbeitet, besonderes Vertrauen. Personenbezogene Daten werden

dort ausschließlich zu Forschungszwecken erhoben und nicht an andere staatlichen Stellen weitergegeben. Das ifb hat u. a. für das BMJ eine fundierte Evaluation des Gewaltschutzgesetzes vorgelegt und dafür auch sensible Gerichtsakten ausgewertet.

Für das Forschungsvorhaben „Regenbogenfamilien“ sind insbesondere folgende Vorkehrungen zur Wahrung des Datenschutzes getroffen worden:

1. Alle Mitarbeiter im Projekt – wie auch insgesamt im ifb – sind schriftlich zur Verschwiegenheit verpflichtet.
2. Die Adressdaten werden an einem eigens eingerichteten und gesicherten Speicherplatz, der nur der Forschungsleiterin und einer Projektmitarbeiterin zugänglich ist, aufbewahrt und gepflegt.
3. Sämtlicher Schriftverkehr mit der Zielgruppe wird in einem eigens dafür angeschafften und stets verschlossenen Schrank aufbewahrt, der gleichfalls nur der Forschungsleiterin und einer Projektmitarbeiterin zugänglich ist.
4. Die Adressen werden nach Versand der Briefe, Telefonnummern nach Kontaktaufnahme gelöscht.
5. Die nach Kontaktaufnahme freiwillig geführten Interviews werden mit einer Zufallsnummer versehen. Es werden weder Adressen noch Telefonnummern oder Namen (mit Ausnahme eines freiwillig angegebenen, evtl. auch erfundenen Vornamens für das interessierende Kind) erfasst. Es werden nur Informationen erhoben und gespeichert, welche die Befragten freiwillig preisgeben. Die Daten sind durch diesen Prozess anonymisiert, d. h. ein Rückschluss auf Name oder Adresse wird bei den Analysen nicht mehr möglich sein. Als regionaler Bezug werden lediglich das Bundesland und die Gemeindegröße erfasst, aber auch diese Informationen nur nach freiwilliger Mitteilung.
6. Die Auswertung der Erhebungsdaten erfolgt nie ad personam, sondern stets nur in Gruppen oder anhand von Kategorien, wie etwa „Der Anteil von leiblichen Kindern in eingetragenen Lebenspartnerschaften beträgt xx%“.

Ich stimme Ihnen zu, dass wir die Besorgnis von Betroffenen ernst nehmen müssen. Ich begrüße es deshalb sehr, dass der LSVD, der auch im Forschungsbeirat vertreten ist, auf seiner Webseite ausführliche Informationen zu unserem Projekt und zur Wahrung des Datenschutzes bereithält.

- 3 -

Ich glaube allerdings auch, dass die Akzeptanz bereits jetzt deutlich überwiegt: Das Bundesministerium der Justiz haben bisher insgesamt 14 besorgte Anfragen erreicht, was ich bei insgesamt rund 15.000 übermittelten Adressen für sehr überschaubar halte. Es kommt hinzu, dass es sich zu großen Teilen um bewusst geschürte Ängste handeln dürfte. Wie Sie vermutlich wissen, macht eine Gruppierung, die bereits das Lebenspartnerschaftsgesetz als „rosa Liste“ und „Blitzsieg für Rot-Grün“ kritisiert hat, mit der Unterstellung „Datenskandal in Rosa“ gegen das Forschungsprojekt Stimmung.

Ich hoffe, dass diese Informationen Ihnen nützlich sind im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, die sich wegen unseres Forschungsprojekts an Sie wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature in black ink, reading "Volker Beck".